

Sascha Jung

Einschreiben/Rückschein

Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Regierungsrat Hagspiel

80097 München

10.10.2004

**Einstellung in den höheren Justizdienst
Ihr Zeichen III - 5774/04 vom 03.09.04**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Hagspiel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 03.09.2004. Zur von Ihnen referierten Auskunft des Bayerischen Innenministeriums (im weiteren Innenministerium) nehme ich wie folgt Stellung:

Die Einstufung der Aktivitas meines Bundes als verfassungsfeindliche Organisation weise ich deshalb zurück, weil die Aktivitas weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart verfassungsfeindliche Ziele verfolgte bzw. verfolgt. Für meine Sprecherzeit kann ich dies als persönlich Verantwortlicher besonders bekräftigen. Sowohl ich, als auch Danubia bekennen sich vielmehr zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, denn in dieser sind die Grundwerte garantiert, für die wir Burschenschafter seit über 150 Jahren eingetreten sind.

Es ist gesetzliche Aufgabe des Verfassungsschutzes, Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind, zu beobachten und die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Das ist notwendig und richtig. Im Interesse der Öffentlichkeit wie der Betroffenen muß der Verfassungsschutz den für relevant gehaltenen Sachverhalt jedoch objektiv und nach rechtsstaatlichen Grundsätzen bewerten. Dies vermisste ich beim Vorgehen des Bayerischen Innenministeriums im Fall Danubia.¹ Das Innenministerium hat bisher auch nicht dargelegt, gegen welche Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung sich Danubia nach seiner Auffassung konkret wendet, was meine Verteidigung, zu der ich mich unzulässigerweise gezwungen sehe, ebensowenig erleichtert, wie die doch sehr allgemeine Form der Ausführungen. Aber ich will es dennoch versuchen.

Der zentrale Schluß, wir hätten auch Rechtsextremisten ein Forum geboten, mit dem implizit verbunden wird, wir machten uns deren Anschauungen zu eigen, und verfolgten daher nicht näher bestimmte verfassungsfeindliche Ziele, ist mit Blick auf die tatsächlich zu Grunde liegenden Tatsachen nicht richtig.

Das Innenministerium nimmt bei seinem Vorwurf nicht auf den Inhalt unserer Veranstaltungen und der Vorträge Bezug, sondern stellt auf die geladenen Personen ab, die ebenfalls nur holzschnittartig charakterisiert werden. In einem Schreiben erwidert das Innenministerium auf den Hinweis, im Rahmen der fraglichen Vorträge seien keine verfassungsfeindlichen Äußerungen gefallen, daß „schon die Tatsache, daß mehrfach Exponenten des Rechtsextremismus bei Veranstaltungen der Burschenschaft ein Forum

¹ Damit stehe ich i.ü., wie zahlreiche Schriftwechsel und Beiträge belegen, keineswegs allein. Eine Erklärung des mit über 15.000 Mitgliedern größten deutschen Akademikerverbandes, der Deutschen Burschenschaft, lege ich zur Illustration bei.

eröffnet wurde“, für die Bewertung von Bedeutung sei², wer Redner wie Horst Mahler „unkritisiert referieren“ lasse, stelle sich „außerhalb des demokratischen Konsenses.“³

Daraus, daß zur Informationsgewinnung Referenten eingeladen werden, kann aber nicht geschlossen werden, daß der Einladende sich deren Auffassungen zu eigen macht, und sollte unter diesen ein Verfassungsfeind sein, dann die freiheitlich demokratische Grundordnung selbst ablehnt, weil er ein Forum eröffnet. Hinzu kommt, daß das Innenministerium einzelne Personen herausgreift, im Zeitraum von allein 1998 bis 2001 aber fast 50 Vortragsveranstaltungen ausgerichtet wurden. Die Referentenliste ist dabei von großer Heterogenität geprägt, weil die Vortragsarbeit ein ganz wesentlicher Teil unserer Tätigkeit ist. Unsere Veranstaltungen dienen ihrer ganzen Gestaltung nach, nicht dazu, irgend geartete Propaganda zu verbreiten, sondern sind in Bezug auf die vertretenen Positionen und sich anschließender Diskussion von gegenseitiger Toleranz geprägt. Sie sollen aktiven wie passiven Teilnehmern vor allem Stoff zur Bildung eines eigenen differenzierten Standpunktes bieten. Keiner unserer Referenten hatte bisher den Eindruck, vor einem Kreise von Rechtsextremen zu sprechen. Und unter den zahlreichen renommierten Wissenschaftlern, Künstlern und Politikern befinden sich im maßgeblichen Zeitraum etwa auch der im 3. Reich verfolgte Gerhard Löwenthal oder der Geschäftsführer der Deutschen Akademie im Exil Dr. Volkmar Zühlsdorff und weiter immer wieder Ausländer und deutsche Juden.⁴ Ein nach meiner Auffassung für die Gewinnung eines objektiven Gesamtbildes ganz wesentlicher Punkt, den man nicht einfach ausblenden kann.

Im übrigen wird bei Danubia auch nicht „unkritisiert referiert“, handelt es sich bei uns doch um eine akademische Burschenschaft, deren Auditorium gerade aus der Geschichte des zurückliegenden Jahrhunderts und der Gegenwart gelernt hat, zu hinterfragen und nicht kritiklos manipulationsverdächtige „mainstream-Positionen“ anzunehmen.

Mein Bund ist auch parteipolitisch neutral. Während die Sprecher der letzten Jahre meist der CDU/CSU oder wie ich der SPD angehörten, gibt es bei Danubia keine Mitglieder von Parteien mit verfassungsfeindlicher Zielrichtung; eine Beeinflussung in dieser Hinsicht kommt also auch auf diesem Wege nicht in Betracht.

Zur angeführten Danubienzeitung, die aller halben Jahre erscheint, ist festzuhalten, daß das Innenministerium auch hier sehr oberflächlich bleibt. Auch ist dort schon aus dem Impressum bekannt, daß es sich bei der Zeitung bis zum Jahr 2003 um ein reines Mitteilungsblatt für die 120 Alten Herren handelte, das seit 50 Jahren vom Altherrenverband des Bundes herausgegeben wird. Und trotzdem wird auch Ihnen gegenüber behauptet, die Zeitung würde von der Aktivitas herausgegeben, obwohl man ehrlicherweise zugeben sollte, daß sie für die Beurteilung der Aktivitas gar keine Rolle spielt.

Auch der konkret angesprochene Fall Mahler zeigt leider, daß das Innenministerium ersichtlich bemüht ist, belastende Argumente zu finden, aber den Sachverhalt nicht objektiv bewertet. In seiner Pressemitteilung vom 14.06.2001 behauptete das Innenministerium zunächst, bei uns hätte „der NPD-Funktionär und frühere RAF-Terrorist Horst Mahler“ referiert.⁵ Horst Mahler war aber, als ich ihn einlud, weder NPD-Mitglied noch Funktionär. Mit einer Richtigstellung konfrontiert, entgegnete das Innenministerium trotz seiner zuvor veröffentlichten Pressemitteilung dann, man hätte „nie behauptet, daß Horst Mahler, als er 1998 vor den Danuben sprach NPD-Mitglied war“, wir hätten aber aufgrund eines Focus-Interviews über dessen Hinwendung zum Rechtsextremismus informiert sein müssen.⁶ Wenn das Innenministerium Ihnen gegenüber nun im Plural von Interviews spricht, so kenne ich diese nicht, sie wurden bisher auch nicht angeführt. Das besagte Interview Mahlers im Focus

² Ministerialdirigent Dr. Remmele mit Schreiben vom 11.12.2001 an Ministerialdirigent a.D. Dr. Hans Merkel.

³ Ministerialrat Dr. Weber mit Schreiben vom 22.08.2001 an Ministerialdirigent a.D. Dr. Hans Merkel.

⁴ Die Referentenliste lege ich zu Ihrer Information bei.

⁵ Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministerium des Innern 268/01 vom 14.06.2001

⁶ Michael Ziegler, stellvertretender Pressesprecher des Bayerischen Staatsministeriums des Innern in einer Stellungnahme, Deutschlandmagazin, 12/2001, Seite 54.

jedenfalls, wurde am 28.12.1998 veröffentlicht, unsere Bogenhausener Gespräche, auf denen Mahler sprach, fanden aber drei Wochen vorher statt.

Daß Mahler im Jahr 2001, dem die zitierten Äußerungen des Innenministeriums entstammen, im NPD-Verbotsverfahren auftrat, mag seine Bedeutung für die Argumentation des Innenministeriums erklären, ist für meine Veranstaltung aber ohne jeden Belang - denn in dieser Rolle habe ich ihn nicht eingeladen und hätte dies auch nicht getan.

Mein Anlaß, Mahler einzuladen, war ein Beitrag, den die Süddeutsche Zeitung am 30.09.1998 veröffentlichte⁷ und der später auch in der Jungen Freiheit erschien. Darin beschäftigt sich Mahler mit den Idealen und inneren Antrieben des frisch gewählten Bundeskanzlers Gerhard Schröder, mit dem ihn eine lange persönliche Freundschaft verband. Thematisiert hatte ich mit meiner Veranstaltung das Jubiläum der 68er Ereignisse. Das bot sich deshalb an, weil die davon geprägte Generation in Berlin gerade erstmals die Regierungsverantwortung übernahm. Mit Mahler hatte ich als Zeitzeugen daher Prof. Dr. Peter Furth und Prof. Dr. Bernd Rabehl, die ebenfalls eine entscheidende Rolle in der Studentenbewegung spielten, sowie den früheren Vize-Rektor der Universität Würzburg Dr. Hannes Kaschkat, der sich als Burschschafter gegen die 68er engagiert hatte, eingeladen. Die Referenten sollten die damaligen Ereignisse, deren Folgen sowie Risiken und Chancen für die Zukunft der Berliner Republik beurteilen.⁸

Die Veranstaltung fand in entspannter und offener Atmosphäre statt, was die „linken“ Referenten positiv überraschte, weil sie dies aus den Diskussionszirkeln ihrer Zeit und ihres Umfeldes überhaupt nicht gewohnt waren. Mahlers Entwicklung hin zur NPD war damals nicht abzusehen, sie hat mich persönlich auch erstaunt, als ich sie nach einem mehr als einjährigen Überseeaufenthalt zur Kenntnis nehmen mußte.

Unser 150. Stiftungsfest zeigt mit über 400 erschienenen Gästen aus unserem Dachverband, die Wertschätzung, die meinem Bund dort entgegengebracht wird. Ein Hinweis auf eine verfassungsfeindliche Zielsetzung ist darin nicht zu sehen und wurde bisher auch nicht vorgebracht. Festredner waren der österreichische Historiker Prof. Dr. Lothar Höbelt und der Kommentator der Bayerischen Gemeindeordnung Oberstaatsanwalt a.D. Dr. Rudolf Samper.

Während meiner Sprecherzeit habe ich im weiteren auch die 15. Bogenhausener Gespräche organisiert, die das 150. Jubiläum der Frankfurter Paulskirchenversammlung würdigten. Dr. Bernhardt Pilz, Dr. Heiner Kappel, Dr. Hans Merkel, Hans-Ulrich Kopp sowie Klaus Kunze beschäftigten sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit der 1848er Revolution, den hier liegenden Anfängen der politischen Parteien und der damals u.a. von Prof. Hans Herbert von Arnim thematisierten Krise des Parteienstaates.

Als weitere Referenten sprachen auf meine Einladung als Sprecher Gerhard Löwenthal über die Stasi-Verbindungen westdeutscher Journalisten, Rolf Stolz über die Problematik der Islamisten in Europa, Dr. Volkmar Zühlsdorff über die Unterstützung deutscher Emigranten durch die von ihm, Thomas Mann und Sigmund Freud in New York geleitete Deutsche Akademie im Exil, Walter Daenner über die Kultur des Weines und Klaus Lasch schließlich als international engagierter Unternehmer über Risiken und Chancen der Globalisierung. Darüber hinaus fanden drei Reisevorträge statt, in denen Island, Burma und das südliche Afrika vorgestellt wurden.

Mit diesen Veranstaltungen habe ich keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolgt. Das doch recht bunte Programm ist meiner Ansicht nach eher ein beredter Ausdruck des Gegenteils, spricht es doch von meinem ausgeprägten Interesse an einem freien, gleichberechtigten und offenen Diskurs, wie er Wesensvoraussetzung unserer Demokratie ist.

⁷ Den in der Süddeutschen Zeitung am 30.09.98 auf Seite 20 erschienenen Beitrag füge ich bei.

⁸ Das Programm der Veranstaltung füge ich bei.

Die Vielzahl von Vortragsveranstaltungen mit hoher akademischer Qualität hat meinem Bund Respekt und Anerkennung besonders innerhalb unseres Dachverbandes, der Deutschen Burschenschaft eingebracht. Den Willen, diese Arbeit fortzusetzen, sie nicht als verfassungsfeindlich herabwürdigen und damit letztlich zerstören zu lassen, habe ich mit dem zitierten Satz in meiner Stellungnahme vom 14.05.2002 dokumentiert. Damit meine ich gerade nicht, daß zukünftig erst Recht oder nur Referenten vom rechten Rand eingeladen werden sollten. Wird man ohne es zu sein, leichtfertig als verfassungsfeindlich gekennzeichnet und stellt daraufhin seine Tätigkeit nicht ein, indem man sich etwa in eine private Nische zurückzieht, so läuft man Gefahr, nur noch Extremisten anzuziehen, andere Referenten dagegen kaum noch gewinnen zu können. Die bis heute fortgesetzte Referentenliste belegt, daß wir dieser Gefahr erfolgreich trotzen konnten. Unsere nach wie vor renommierten Vortragsgäste kommen, wie etwa Prof. Dr. Franz W. Seidler von der Universität der Bundeswehr, auch weil wir „ungerecht behandelt werden.“

Der Wille, unsere positive politische Bildungsarbeit fortzusetzen, bedeutet dagegen auch nicht, daß tatsächlich kritikwürdige Randerscheinungen, wie sie auch bei anderen Verbindungen vorkamen, nicht abgestellt werden sollten. Wo hier Handlungsbedarf war, haben wir das getan und daran trage ich mein gerüttelt Scherflein. Wir legen insoweit entgegen der Interpretation des Innenministeriums auch nicht Wert darauf, uns als Opfer der „Antifa“ darzustellen. Im Knütter-Gutachten hat ein Außenstehender, der als Professor für Politikwissenschaft, Extremismusexperte, jahrelanger Referent des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Vertrauensdozent der Konrad-Adenauer-Stiftung nun auch nicht gerade ein „non notus“ ist, die rechtlich unverbindlichen Wertungen (BVerfGE 40, 293) eines Landesinnenministeriums, die in der juristischen Literatur darüber hinaus zunehmend kritisch beurteilt werden (vgl. etwa Prof. Dr. Dietrich Murswiek in DVBl 1997, 1021 ff; Vors. Richter am LG Günter Bertram in NJW 2004, 344 ff.), im Fall Danubia gutachterlich zurückgewiesen.

Zu meiner Person nun noch soviel. Toleranz und Offenheit sind für mich ganz wesentliche Maximen, die in den letzten Jahren, von denen ich insgesamt fast zwei in Übersee verbracht habe, noch an Gewicht gewonnen haben. Hinzukommen, wie Sie den Ihnen vorliegenden Beurteilungen entnehmen werden, Geradlinigkeit und Loyalität.

Geprägt wurde ich in dieser Hinsicht vor allem durch meine Burschenschaft, ist sie ihrem Kern und ihrer Tradition nach doch ganz wesentlich eine Erziehungsgemeinschaft. Von Belang ist aber auch meine Sozialisation in der vormaligen „DDR“. Im Alter von 16 Jahren kam ich hier das erste Mal mit der Obrigkeit in Konflikt, als man mich „antisozialistischer Umtriebe“ bezichtigte, weil ich in einem Wandzeitungsartikel das Streikrecht der polnischen Bergarbeiter verteidigt hatte. Dem fälligen Rausschmiß vom Gymnasium entkam ich, weil ich in einer schriftlichen Stellungnahme um Abbitte suchte und meinen Artikel als unüberlegt und voreilig widerrief. Auch die innere Unzufriedenheit mit diesem erzwungenen Kniefall hat mich knapp ein Jahr später auf die Straßen meiner Heimatstadt getrieben.

Mancher mag Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für selbstverständliche Gegebenheiten halten. Ich weiß, daß man dafür einstehen muß. Dies aber auch dort, wo sie aus politischer Effekthascherei Schaden zu nehmen drohen. Wenn ich meine jungen Bundesbrüder gegen eine ungerechtfertigte Behandlung in Schutz nehme und sie in ihrem Reifen zu fördern suche, so sehe ich das auch als aktiven Beitrag zur Verteidigung unserer verfassungsmäßig verbürgten Werte, wie sie ganz maßgeblich von Burschenschaftern erstritten wurden. Gerade in einer Zeit, in der kluge Journalisten die Gefahren eines manipulierten Staatsbürgers beschreiben, gilt es daher, Mut zur Äußerung auch von Mindermeinungen zu fördern (NZZ vom 25./26.09.2004, S. 13). Diesen Auftrag verfolgt Danubia aus demokratischer Überzeugung. Für weitere Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Sascha Jung